



Strategische Vorausschau zur offenen strategischen Autonomie

Europäische Kommission benennt globale Trends und zehn strategische Aktionsbereiche

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 08.09.2021 die ihre zweite strategische Vorausschau in Form einer Mitteilung mit dem Titel „Die Handlungsfähigkeit und Handlungsfreiheit der EU“ (COM(2021) 750 final). Während die strategische Vorausschau aus dem Jahr 2020 (vgl. EU-Wochenbericht Nr. 30-2020 vom 14.09.2020) insb. die Resilienz der EU in den Bereichen Wirtschaft und Soziales, Geopolitik, Umwelt und digitale Entwicklung in den Blick nahm, liegt der Fokus der diesjährigen Vorausschau auf einer langfristigen und bereichsübergreifenden Perspektive zur Stärkung der offenen strategischen Autonomie Europas.

Die Vorausschau betrachtet dabei einleitend (1) den Klimawandel und andere ökologische Herausforderungen (u.a. Druck auf Trinkwasserreserven und Lebensmittelsicherheit sowie mögliche Folgen wie Vertreibung und Migration und die Zunahme von Konflikten), (2) die digitale Hyperkonnektivität und technologischen Wandel (u.a. mit Veränderungen in Gesellschaft, Wirtschaft, bei den Arbeitsmärkten, der Industrie und dem öffentlichen Sektor), (3) Druck auf Demokratie und Werte (u.a. Abnahme von Rechten und Freiheiten, wachsende Instabilität und Konflikte sowie Desinformation) sowie (4) weltpolitische Verschiebungen und Demografie (u.a. Verlagerung der Wirtschaftskraft Richtung Osten, wachsende Rivalität zwischen China und den USA und neuen Gefahrenlagen).

Aus diesen globalen Trends und den damit verbundenen Auswirkungen auf die Handlungsfähigkeit und Handlungsfreiheit der EU leitet die Kommission zehn strategische Aktionsbereiche ab. Dabei handelt es sich um (1) die Gewährleistung nachhaltiger und krisenfester Gesundheits- und Lebensmittelsysteme, (2) die Sicherung von CO₂-freier und erschwinglicher Energie, (3) den Kapazitätsausbau in den Bereichen Datenverwaltung, künstliche Intelligenz und Spitzentechnologien, (4) die Sicherung und Diversifizierung der Versorgung mit kritischen Rohstoffen, (5) die Gewährleistung einer globalen Vorreiterrolle bei der Normensetzung, (6) den Aufbau krisenfester und zukunftssicherer Wirtschafts- und Finanzsysteme, (7) die Entwicklung und die Erhaltung von Kompetenzen und Talenten, die unseren Zielvorstellungen entsprechen, (8) den Ausbau der Sicherheits- und Verteidigungskapazitäten und Zugang zum Weltraum, (9) den Zusammenarbeit mit globalen Partnern zur Förderung von Frieden, Sicherheit und Wohlstand für alle sowie (10) krisentauglichere Institutionen.

Im ersten Aktionsbereich sieht die Kommission bei den Gesundheitssystemen gute Voraussetzungen, fordert aber eine Steigerung von Nachhaltigkeit und Resilienz. Hierbei hebt sie insb. die technischen Entwicklungen und Möglichkeiten hervor und benennt auch Initiativen wie den europäischen Raum für Gesundheitsdaten (voraussichtliche Veröffentlichung im 4. Quartal 2022). Unter dem Eindruck der Erfahrungen während der Coronakrise widmet sich die Kommission den Abhängigkeiten von Drittstaaten im Bericht der kritischen Güter (insb. Arzneimittel). Die grundsätzlich bestehenden europäischen Kapazitäten und die hohe Komplexität von Wertschöpfungsketten werden benannt. Bei der Schaffung oder Rückführung von Produktionskapazitäten sieht die Kommission in der Innovation einen möglichen Ausgleich für höhere Produktionskosten. Im Hinblick auf die Reaktionsfähigkeit bei vergleichbaren Krisen sowie bei deren Prävention sieht die Kommission sowohl innerhalb der EU als auch auf internationaler Ebene weiter Handlungsbedarf. Die Europäische Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen (Health Emergency Preparedness and Response Authority – HERA; Veröffentlichung eines entsprechenden Pakets am 14.09.2021 vorgesehen) soll innerhalb der EU entsprechende Beiträge liefern. Im internationalen Kontext geht es insb. um die Reform der Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization – WHO) und den Abschluss internationaler Abkommen. Im Hinblick auf die europäischen Lebensmittelsysteme sieht die Kommission in neuen Technologien großes Potential. So könne Biotechnologie eine Schlüsselrolle bei der Entwicklung innovativer und nachhaltiger Methoden zum Schutz der Ernten vor Schädlingen, Krankheiten und den Auswirkungen des Klimawandels spielen.



Im Aktionsbereich „Sicherung von CO₂-freier und erschwinglicher Energie“ wird dessen zentrale Rolle beim grünen und digitalen Wandel hervorgehoben. Die avisierte Erreichung von Klimaneutralität in 2050 wird zudem als Beitrag zur Reduzierung der Energieabhängigkeit gesehen, wobei nach Einschätzung der Kommission mit der Dekarbonisierung von Energie auch Auswirkungen auf geopolitischen Dynamiken verbunden sein werden. Zudem wird die Bedeutung der erneuerbaren Energien, der Kreislaufwirtschaft, von Investitionen in Energieinfrastruktur sowie der öffentlichen Hand bei Marktversagen angeführt. Als weiterer Beitrag zur Absenkung des Energieverbrauchs wird außerdem die Einpreisung externer Kosten angeführt. Die Kommission sieht für die die entsprechenden Technologien, sofern sie bezahlbar und zugänglich sind, weltweit auch Märkte, einschließlich in Entwicklungsländern. Im Zusammenhang mit diesen Märkten sowie den geopolitischen Wirkungen wird außerdem auf die Resilienz der EU durch dezentralisierte Energiesysteme – mit entsprechenden Vorkehrungen bei der Cybersicherheit – hingewiesen.

Beim Kapazitätsausbau in den Bereichen Datenverwaltung, künstliche Intelligenz und Spitzentechnologien hebt die Kommission die digitale Souveränität Europas hervor. Diese werde davon abhängen, Daten speichern, extrahieren und verarbeiten zu können. Gleichzeitig seien die Mindestanforderungen in puncto Vertrauen und Sicherheit zu erfüllen und die Grundrechte zu wahren. Es werden u.a. High-Performance Computing in der Edge und der Cloud, das Internet der Dinge und künstliche Intelligenz angeführt. Zudem werden unterschiedliche Anwendungsbereiche von Big Data und Advanced Analytics und die damit verbundenen Anforderungen aufgegriffen. In anderen Rechtsordnungen gespeicherte Daten werden ebenso als Abhängigkeiten und Risiken gesehen wie z.B. Cybersicherheit und Datenschutz. Daher solle Europa im Bereich der Datenspeicherung und des Zugangs zu Daten eigene Kapazitäten aufbauen (auch für künstliche Intelligenz) und hochwertige Datenverbindungen sicherstellen. Besondere Aufmerksamkeit widmet die Kommission dem wachsenden Bedarf an Halbleitern sowie der Entwicklung von Zukunftstechnologien insgesamt. Als Voraussetzungen für den Wettbewerb mit anderen Staaten sieht die Kommission, die intensive Prüfung ausländischer Direktinvestitionen in europäische Produktionskapazitäten, Investitionen in Forschung und Entwicklungen und günstige Bedingungen entlang der Wertschöpfungskette.

In der Sicherung und Diversifizierung der Versorgung mit kritischen Rohstoffen sieht die Kommission einen weiteren wichtigen Baustein für grünen und digitalen Wandel. Erneuerbare Energien, Energiespeicher und Batterien als Einsatzbereiche werden die Nachfrage nach Rohstoffen steigern, weswegen die Kommission eine kluge Mischung aus Industrie-, Forschungs- und Handelspolitik mit internationalen Partnerschaften für ein nachhaltiges und vielfältiges Angebot anstrebt. Im Hinblick auf Diversifizierung und Kreislaufwirtschaft kommt der Industrie eine wichtige Rolle zu. Es bedürfe aber auch einer langfristigen Strategie. Die Erschließung von Ressourcen wie Meeresboden- und Weltraumbergbau soll zudem im Einklang mit internationalen Prinzipien und Verpflichtungen verfolgt werden.

Im Aktionsbereich „Gewährleistung einer globalen Vorreiterrolle bei der Normensetzung“ wird die große Bedeutung für Schlüsseltechnologien hervorgehoben. Nach Einschätzung der Kommission nützen Normen den Unternehmen in der EU, weil sie Interoperabilität und Sicherheit gewährleisten, Kosten senken und die Einbindung der Unternehmen in Wertschöpfungskette und Handel erleichtern. Europa solle daher Vorreiter werden. Interne Regelungen sollen zur internationalen Standardsetzung beitragen. Die Rolle Chinas wird wegen des Plans „China Standards 2035“ berücksichtigt. Da die Europäische Union für viele Staaten der Erde der wichtigste Handelspartner ist, sieht die Kommission jedoch gute Voraussetzung für die Akzeptanz europäischer Standards. Außerdem möchte man weiterhin in entsprechenden internationalen Organisationen aktiv bleiben.

Beim Aufbau krisenfester und zukunftssicherer Wirtschafts- und Finanzsysteme benennt die Kommission zahlreiche Aspekte der künftigen Ausrichtung. Die soziale Marktwirtschaft wird als Schlüssel für das demokratische Modell gesehen. Die anstehenden Transformationen müssen aus Sicht der Kommission daher fair und von stärkerer wirtschaftlicher und sozialer Konvergenz begleitet werden. Der grüne und der digitale Wandel sowie der Brexit bedeuten tiefgreifende Veränderungen. Verbleibende Hindernisse für eine Marktintegration müssen daher beseitigt und die Kapitalmarkt- und



Bankenunion vollständig umgesetzt werden. Der Finanzierung des Übergangs zu einer klimaneutralen Wirtschaft und einer erhöhten Krisenfestigkeit angesichts von Klimawandel und Umweltzerstörung komme zudem eine bedeutende Rolle zu. Die Einführung eines digitalen Euro könnte laut Kommission ebenfalls neue Chancen für Privatpersonen und Unternehmen eröffnen. Daneben greift die Kommission u.a. die internationale Rolle des Euro als weiteren strategischen Aspekt auf.

Bei der Entwicklung und Erhaltung von Kompetenzen und Talenten sieht die Kommission trotz geringerer Erwerbsbevölkerung in der EU u.a. wegen der guten Ausbildung großes Potential. Man müsse für eine hochwertige allgemeine und berufliche Bildung, einschließlich einer wirksamen digitalen Bildung, sorgen. Herausforderungen wie der Abbau des geschlechtsspezifischen Lohngefälle müssten angegangen werden, um zu besseren Beschäftigungsquoten zu führen. Gerade jüngere Personen müssten einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen. Neue Arbeitsplätze in Begleitung der grünen und digitalen Transformation spielten dabei ebenfalls eine große Rolle.

Die Schaffung der neuen Generaldirektion Verteidigungsindustrie und Weltraum (GD DEFIS) deutete bereits eine wachsende Aufmerksamkeit für die entsprechenden Themen an. Mit dem Aktionsbereich „Ausbau der Sicherheits- und Verteidigungskapazitäten und Zugang zum Weltraum“ greift die strategische Vorschau diese Themen auf. Dabei geht es insb. um die steigenden Risiken von Konflikten, interner Instabilität und Herausforderungen für kritische Infrastrukturen. Bestehende Kooperationsinstrumente sollen verstärkt werden. Laut der Kommission soll der weitere Ausbau des eigenen Verteidigungspotenzials dazu beitragen, die Fähigkeit der EU zur Förderung einer regelbasierten internationalen Ordnung zu stärken und gleichzeitig die Rolle der EU-Mitgliedstaaten in der NATO aufzuwerten. Der Weltraumpolitik kommt zudem eine große Bedeutung zu. Daher solle die EU zur Förderung von wirksamer Kommunikation, Erdbeobachtung, Fertigung und Sicherheit einen autonomen, zuverlässigen und kostengünstigen Zugang zum Weltraum unterstützen.

Der Zusammenarbeit mit globalen Partnern enthält für den Umgang mit offener strategischer Autonomie weitere Anknüpfungspunkte. Der Multilateralismus muss zeitgemäß bleiben, wobei für diesbezügliche Reformen entsprechende Partnerschaften gebildet werden sollen. Hierbei führt die Kommission internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen, die Welthandelsorganisation (WTO) und die Weltbank an. Im Hinblick auf die europäische und globale Stabilität nennt sie u.a. die NATO. Außerdem sieht die Kommission in den Schutzmaßnahmen gegen die Maßnahmen von Drittstaaten – auch gegen extraterritoriale Sanktionen – sowie den Schutzmaßnahmen für den Binnenmarkt (z.B. Instrument gegen verzerrende Subventionen aus Drittstaaten) weitere Bausteine offener strategischer Autonomie. Aus Sicht der Kommission sollte die EU stärker global ausgerichtete und ehrgeizigere Konnektivitätspartnerschaften mit bestimmten Ländern und Regionen anstreben. Zudem soll die EU globale Koalitionen für Klima- und Umweltschutz (inkl. Pariser Klimaschutzabkommen sowie Ziele für nachhaltige Entwicklung) sowie für Menschenrechte anführen. Die strategische Bedeutung der Governance der Ozeane sollte aus Sicht der Kommission ebenfalls stärkere Aufmerksamkeit bekommen.

Im Hinblick auf krisentauglichere Institutionen adressiert die Kommission insb. öffentliche Einrichtungen und Verwaltungen. Diese müssen auf gesellschaftliche Anliegen eingehen und politisch wirksam handeln. Es brauche eine vorausschauende Governance und zukunftsorientierte Instrumente, die auf wissenschaftlichen Erkenntnissen und Fakten beruhen. Damit könne man die Relevanz drohender Risiken bewerten und sich besser für eine effizientere Krisenbewältigung vorbereiten. Die strategische Vorschau sei ein solches Instrument. Eine bessere Abwehrbereitschaft erfordere laut Kommission auch eine bessere Überwachung der Resilienz, um Herausforderungen und Übergänge nachhaltig, fair und demokratisch zu bewältigen. Sie verweist außerdem auf die in der strategischen Vorausschau 2020 angekündigten Resilienz-Übersichten. Diese seien ein erster wichtiger Schritt hin zu einem stärker integrierten Ansatz zur Messung von Wohlergehen jenseits des BIP.

Laut Kommission sollen von den Mitgliedstaaten benannte Zukunftsministerinnen und –minister (derzeit für Deutschland benannt: Michael Roth, Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt) den Prozess begleiten und sich hierfür jährlich treffen. In diesem Format sollen die Vorausschau erörtert und



Folgemaßnahmen vereinbart werden. Ein Netz hochrangiger Beamter der nationalen Verwaltungen soll diesen Prozess unterstützen.

Die Gemeinsame Forschungsstelle (Joint Research Centre – JRC) der Kommission begleitete die Veröffentlichung durch eine offene strategische Autonomie Europas („Shaping and securing the EU's Open Strategic Autonomy by 2040 and beyond“). Dieser Bericht beinhaltet insb. Ausführungen zu (1) Geopolitik, (2) Technologie, (3) Wirtschaft, (4) Umwelt und (5) Gesellschaft. Daneben werden Zukunftsszenarien und Auswirkungen auf die Zukunft betrachtet.

Weiterführende Informationen:

PM der Europäischen Kommission zur Strategischen Vorausschau 2021

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_4581

Meldung der Gemeinsamen Forschungsstelle zur Veröffentlichung eines begleitenden Berichts

<https://ec.europa.eu/jrc/en/news/jrc-foresight-report-EU-open-strategic-autonomy>

Resilienz-Übersichten der Europäischen Kommission

https://ec.europa.eu/info/strategy/strategic-planning/strategic-foresight/2020-strategic-foresight-report/resilience-dashboards_de